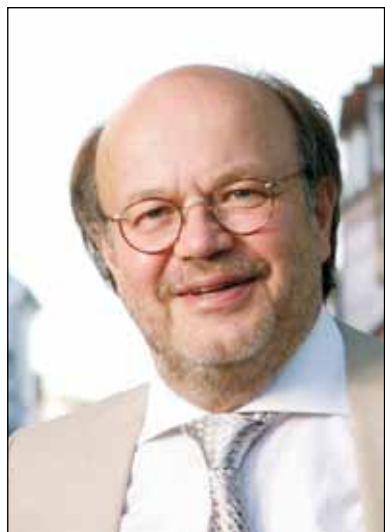


FLENSBURGER RUNDSCHAU

Informationen der SPD-Ratsfraktion

1 | 2017



Unser Kommentar

Stillstand am Bahnhof - dafür sind diejenigen verantwortlich, die eine jahrelange Diskussion darüber angezettelt haben, ob Flensburg seinen jetzigen Bahnhof so überhaupt noch haben möchte. Kein Unternehmen dieser Welt - auch nicht die Bahn - wird investieren und Geld für eine Steigerung der Attraktivität in die Hand nehmen, wenn die Gefahr droht, dass sich eine Stadt vom Bahnstandort verabschiedet. Wir brauchen keine politischen Träumereien über einen Fernbahnhof in Weiche, der nicht Flensburg, sondern anderen nutzt. Und wir brauchen keinen verkehrstechnisch sinnlosen neuen Innenstadtbahnhof, der zudem das Johannisviertel gefährdet.

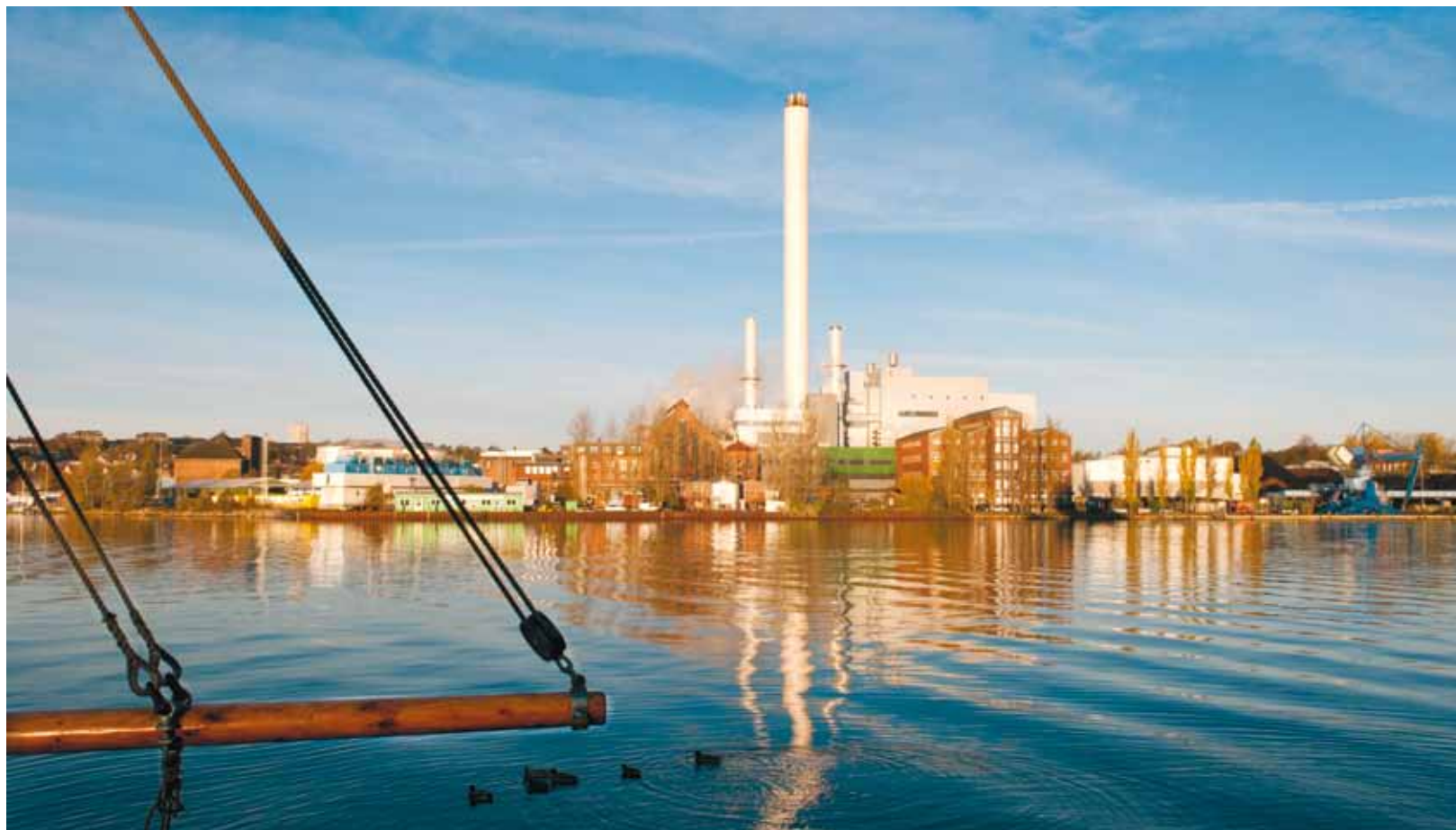
Die Verwaltungsspitze hatte für ihre Pläne vom Wolkenkuckucksbahnhof das Bild eines Leuchturms bemüht. Doch wir müssen aus der Phantasiephase wieder in die Welt der Gestaltung zurückkehren.

Konzepte für eine Stärkung des vorhandenen Bahnhofs, seine verbesserte Anbindung an den Nahverkehr und für eine Nutzung des Bahndamms als Radverkehrsachse liegen vor. Diese Chancen für Flensburg müssen ergriffen werden. Entwicklungsblockaden durch Dauerdiskussionen und Stillstand durch Träumereien helfen nicht weiter. Darum war es an der Zeit für eine klare Positionierung des Rates - für unseren Bahnhof, für unsere Stadt und für konkrete Verbesserungen.

Helmut Trost

Helmut Trost
Fraktionsvorsitzender

Vom Megawatt zum Megabyte



Stadtwerke Flensburg - hohe Versorgungssicherheit, umweltschonender Kraftwerksbetrieb und vernünftige Preise

Der Strategiewechsel 2011 war ein mutiger Schritt, weg von den Fehlern der Vergangenheit, hin zu einer neuen regionalen Ausrichtung mit einer kontrollierten und stark risikobegrenzenden Unternehmenspolitik.

Nach schweren Jahren sind die Stadtwerke zwischenzeitlich wieder auf Erfolgskurs. Zum Wohle der Menschen in Flensburg und Umgebung und zum Wohle des Konzerns Stadt.

Dabei sind die Rahmenbedingungen nicht leichter geworden. Die Energiewende hat so manche Stadtwerke stark ins Trudeln gebracht und was niemand glauben wollte, es gibt erste städtische Energieunternehmen, die wegen Zahlungsunfähigkeit abgewickelt oder mit Millionensubventionen der Kommune gerettet werden mussten.

Das ist uns in Flensburg erspart geblieben, weil wir

gerade noch rechtzeitig und entschlossen den Kurs ändern konnten. Mit Strom, Wasser und Fernwärmeproduktion und Verkauf ist die Stadtwerke GmbH solide aufgestellt. Und mit einer weitsichtigen Geschäftsführung, engagierten Mitarbeitern, einer zielorientierten Steuerung durch Aufsichtsrat und Gesellschafter und auch ein wenig Glück, werden zwischenzeitlich wieder gute Gewinne eingefahren und das bei bundesweit immer noch außerordentlich günstigen Preisen.

Wir als SPD sorgen mit dafür, dass das städtische Unternehmen für uns Einwohnerinnen und Einwohner arbeitet. Mit hoher Versorgungssicherheit, umweltschonendem Kraftwerksbetrieb und vernünftigen Preisen.

Der neue große Schritt in Richtung Breitbandausbau (ein Millionenprogramm, das die Stadt niemals allein hätte realisieren können) sichert Ar-

beitsplätze und ist für uns ein entscheidender Beitrag für die Zukunftsfähigkeit der ganzen Region.

Doch auch diese Investitionen müssen sich finanzieren lassen. Genauso wie jedes Jahr die mit der Führung des Hafens, des Flughafens und des Campusbades verbundenen Verluste zu decken sind. Und selbst die super aufgestellte Aktiv-Bus GmbH braucht einen Ausgleich der jährlich anfallenden Betriebsverluste um den hohen Versorgungsstandard bei vernünftigen Fahrpreisen zu halten.

Die im Unternehmensverbund der Stadtwerke organisierten Unternehmen sind ein wichtiger Teil des Flensburger Mit-einanders. Das alles klug zu organisieren, zu rechnen, nachhaltig abzusichern und sogar noch Geld für neue Zukunftsprojekte zu erarbeiten, ist eine große Leistung der Verantwortlichen. Die Vergangenheit lehrt uns aber auch,

die strategische Begleitung durch Zielvorgaben, die auch vom Gesellschafter zu überwachen sind, ernst zu nehmen. Wir werden alles tun, um eine Verselbständigung in wirtschaftliche Abenteuer zu verhindern.

Und auch die aus bestimmten politischen Parteien angestrebten Versuche, durch überzogene Gewinnerabführungen an den städtischen Haushalt die Substanz des Unternehmens zu schwächen oder gar die Veräußerung von Unternehmensteilen zur Sanierung des Haushalts einzufordern, wird unseren entschiedenen Widerstand hervorrufen.

Wir als Flensburger SPD unterstützen die Stadtwerke auf ihrem neu gefundenen Erfolgsweg als 100%-Tochter mit 100% Bürgernähe.

Rolf Helgert
Vorsitzender Aufsichtsrat
Stadtwerke

Flensburg vorne: Qualitätsoffensive in der Kindertagesbetreuung

Schleswig-Holstein schaut ein wenig neidisch in Richtung Norden. Denn in Flensburg beginnt eine Qualitätsoffensive zur Kita-Betreuung, die landesweit vorbildlich ist. Diese Qualitätsoffensive sieht eine Erhöhung des Personaleinsatzes in den Kindertagesstätten um ein Drittel, Verbesserung von Öffnungszeiten sowie eine Intensivierung der heilpädagogischen Betreuung für Kinder vor, die eine solche Betreuung benötigen. Dies war der gemeinsame Wille der Ratsfraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen.

Versprochen - gehalten!

Die SPD hält Wort: In unserem Kommunalwahlprogramm haben wir versprochen, eine Elternbeitragserhöhung in der Kinder- und Hortbetreuung zu verhindern („Unser Programm für Flensburg!“ Kommunalwahlprogramm 2013, S.13). Die seit zwei Jahren von anderen gebetsmühlenhaft immer wieder ins Spiel gebrachte Erhöhung war mit unserer Ratsfraktion nicht zu machen. In den letzten Rechnungsmo- dellern der Verwaltung waren erhebliche zusätzliche Belastungen der Eltern kalkuliert. Die Kindertagesbetreuung steht wegen der zunehmenden Zahl von Betreuungsplätzen schon lange im Fokus der Kommunalpolitik. Bisher jedoch vornehmlich unter dem Aspekt, dass mehr Betreuungsplätze geschaffen werden. Uns ist sehr wichtig, dass wir jetzt endlich auch



Unsere Sprecherin im Jugendhilfeausschuss, Inge Krämer, mit Ratsmitgliedern am Kita-Bauplatz Petrischule

eine zusätzliche Investition in die Qualität bekommen. Der höhere Personaleinsatz wird es ermöglichen, die Angebote an frühkindlicher Bildung deutlich auszuweiten und damit den heutzutage erforderlichen Beitrag der Kindertagesstätten zu Bildung und Ausbildung der Kinder zu leisten.

Wie die Qualitätsoffensive finanzieren?

Zusätzlich etwa 6,7 Millionen Euro werden deshalb im städtischen Haushalt schon im nächsten Jahr für die Kindertagesbetreuung benötigt. Aufgrund von Tarifsteigerungen und dem Anstieg der Platzzahl wird der Finanzbedarf 2018 dann 7 Millionen Euro betragen und in den Folgejahren weiter steigen. Zur Finanzierung wurde zuletzt eine

„Mischung“ aus Erhöhung der Elternbeiträge, der Grundsteuer und der Gewerbesteuer diskutiert. Nach einem Kompromiss von CDU, SPD und den Grünen soll nun eine deutliche Erhöhung der Grundsteuer B auf 690 v.H. für die Finanzierung herangezogen werden. Das entspricht der Beschlusslage des Kreisvorstandes der SPD. Dieser hat die verschiedenen Finanzierungsmodelle beraten und beschlossen, dass „die Maßnahme durch eine Anhebung der Grundsteuer finanziert werden soll“ (Kreisvorstandsbeschluss, Sitzung am 20. Sept. 2017). Diese Position fand sich auch in der gemeinsamen Ratsvorlage wieder, die die drei Fraktionen eingebracht haben und die im Rat beschlossen wurden. Ich verhehle nicht, dass mir

persönlich eine andere und breiter aufgestellte Finanzierung lieber gewesen wäre. Aus meiner Sicht gehören auch die Unternehmen zur Stadtgesellschaft und profitieren von guter Bildung und vorbildlicher Kinderbetreuung. Gute Kitas mit verlängerten Öffnungszeiten sorgen dafür, dass viele Eltern überhaupt erst berufstätig sein können und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Investitionen in das Bildungs- und Kitasystem nutzen also auch den Unternehmen. Und darum sollten auch die leistungsstarken Unternehmen ihren Beitrag leisten. Leider war dafür keine politische Mehrheit zu gewinnen und wir mussten im Wege der Kompromissfindung auf die Finanzierungsquelle Gewerbesteuer verzichten.

Gerechter wäre es gewesen, wenn die Stadt Flensburg ihre Einnahmen aus beiden Steuern gleichermaßen verbessert hätte. Das hätte die Grundstückseigentümer und alle Mieterinnen und Mieter (auf deren Nebenkosten die Grundsteuer umgelegt wird) nicht so stark getroffen. Weil die Kunst der Politik ist, das Machbare umzusetzen und dazu auch Kompromisse einzugehen, habe ich für das Gesamtpaket geworben - denn damit werden wesentliche SPD-Positionen umgesetzt, die wir ohne Partner nicht erreicht hätten.

Es gibt noch einen weiteren Erfolg:

Mehr soziale Gerechtigkeit!

Bis zuletzt haben sich die anderen Fraktionen dagegen gewehrt, eine Beitragsentlastung für Familien mit geringem Einkommen herbei zu führen. Für die SPD-Fraktion war dies eine Bedingung, die erfüllt werden musste, um dem Finanzierungskonzept zuzustimmen. Wir wollen eine Entlastung bei Alleinerziehenden und Familien mit einem geringen Einkommen. Das ist sozial gerecht: Alle Eltern leisten mit der Erziehung ihrer Kinder einen ganz wesentlichen Beitrag für die Stadt und die Gesellschaft - einen Beitrag, der sie zeitlich und finanziell stark belastet. Durch Kinder steigen die finanziellen Anforderungen für sie sehr.

Darum hätte eigentlich schon seit langem die Einkommensgrenze, bis zu der kein Beitrag zu zahlen ist, hochgesetzt werden müssen. Die klare Position der SPD-Ratsfraktion: Dass muss jetzt geschehen. Ohne diese Anpassung, das wurde den anderen Fraktionen signalisiert, hätte es keine Zustimmung der SPD-Ratsfraktion zum Gesamtpaket gegeben. Nachdem sie sich lange verweigert haben, kamen kurz vor Toresschluss von CDU und Grünen Signale der Zustimmung. Eine entsprechende Passage wurde in die Ratsvorlage eingebaut. **Fazit: Die SPD hat eine Beitragsentlastung für Familien mit geringem Einkommen durchgesetzt und für alle eine Elternbeitragserhöhung verhindert.**

Helmut Trost
Vorsitzender
der SPD-Ratsfraktion

Leerstände beenden - Wohnungen für Studierende nutzen!

Flensburg hat schnell reagiert, als letztes Jahr viele geflüchtete Menschen zu uns kamen: An der Kanzleistraße, am Friedensweg und der Graf-Zeppelinstraße wurden neue Unterkünfte errichtet. Doch inzwischen werden sie nicht mehr oder nicht mehr in vollem Umfang benötigt. Was soll nun geschehen? Wir meinen: Es darf nicht sein, dass Gebäude, die hier neu gebaut wurden, jetzt leer stehen. Warum können dort nicht beispielsweise Studierende einziehen? Doch das ist zur Zeit aus planungsrechtlichen Gründen nicht möglich. Ein besonders krasses Beispiel findet sich an der Kanzleistraße. Diese Häuser sind nigelnagelneu - hier hat noch nie ein Flüchtling gewohnt. Und für Studierende heißt es trotzdem: Einziehen verboten - obwohl die Lage der Häuser in unmittelbarer Nähe zu den Hochschulen für sie ideal ist. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes muss diese absurde Situation geändert werden. Wir wollen, dass das bestehende Bau- und Planungsrecht geändert wird - und zwar so, dass außer einer Nutzung als Flüchtlingsunterkunft auch eine allgemeine Wohnnutzung ermöglicht wird. Ein entsprechender Antrag wurde deshalb von der SPD im Stadtentwicklungsausschuss auf den Weg gebracht.

Helmut Trost



Nigelnagelneu und unbewohnt - Neubauten an der Kanzleistraße

Wohnungsbaustrategie der SPD-Ratsfraktion zahlt sich aus

Flensburg wächst und damit auch der Bedarf an Wohnungsneubauten. Nach einer Bevölkerungsvorausberechnung liegt der Bedarf bei 6000 Wohneinheiten bis 2025, bis 2030 sogar bei 8000 Wohneinheiten, im Verhältnis 3 zu 1 Geschoss- und Einfamilienhäuser. Hierbei besteht auch ein Mindestanteil von 10 % an geförderten (Sozial-) Wohnungen und besonders an kleinen Wohneinheiten, z. B. für Studierende oder Singlehaushalte.



Flensburg benötigt bis zum Jahr 2025 mindestens 6000 neue Wohneinheiten

Da die Flächen innerhalb unserer Stadt endlich sind, hat die Ratsversammlung beschlossen, die notwendigen Wohneinheiten mit folgenden Maßnahmen zu ermöglichen: Aktive Bodenbevorratung durch die Kommunalen Immobilien (aus Gewinnen durch Verkäufe), Nachverdichtung, Aktivierung von Baurechten durch Beratung der Eigentümer, Bauberatung in der Bau-

ordnung, Nachverdichtung/ Geschossaufstockung, Kooperation mit dem Umland. Dass Flensburg hinsichtlich der Bautätigkeit das notwendige Ziel nicht aus den Augen verliert, zeigen nicht nur kleinere und größere Baumaßnahmen, z.B. auf Duburg und an der Fördestraße, sondern auch eine Vielzahl von Bebauungsplänen, die aktuell in der Beschlussfassung sind:

Groß-Tarup, bis 272 Wohneinheiten (WE); Drosselweg, bis zu 40 WE; Travestraße, Ersatzbau, 80 WE, davon 50% gefördert; Hochschulgelände, Studentisches Wohnen (Studentenwerk); Heinrichstr./Viktoriastr. Bebauung durch den SBV; Bahnhofsumfeld, bis zu 500 WE; Sandberg, ca. 27 WE; Schwarzentel (ehemalige Standortverwaltung), bis zu 450 WE; E 28 (ehema-

liges Motorola-Gelände in der Eckener Str.), 30 WE und Hotel mit 70 Zimmern; Osterallee, 165 WE; Friedenskirche, bis zu 200 WE; Beethovenstr. (Geschossaufstockung).

Gab es Ende der 1990iger Jahre noch Bundeswehrliegenschaften, die insbesondere für den Einfamilienhausbau aktiviert werden konnten, so bleibt als Zukunftsaufgabe

noch die ehemalige Marinekaserne am Sattelplatz, die derzeit vom KBA genutzt wird als mögliche Entwicklungsfläche und das Flottenkommando als Gemeinschaftsprojekt mit Glücksburg.

Die regen Bautätigkeiten und Bauleitplanungen zeigen, dass Politik, Verwaltung und regionale Baugenossenschaften auf dem richtigen Weg sind, den Bedarf an Wohnraum zu decken. Während andere Fraktionen sich weiterhin hinter einer Forderung nach einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft verstecken und gleichzeitig alle für den Wohnungsbau wichtigen Bebauungspläne und Grundstücksverkäufe konsequent ablehnen, nehmen die regionalen Wohnungsbaugenossenschaften und Baugesellschaften Spaten und Maurerkelle in die Hand.

Axel Kohrt

Ein klares Nein zu Geisterbahnhöfen

Von Beginn an hat sich die SPD-Ratsfraktion gegen eine Diskussion zu einem neuen Fernbahnhof in Weiche und einen Regionalbahnhof am ZOB ausgesprochen. Das Gutachten zur Bahnhofsdiskussion wurde gegen die Stimmen der SPD in Auftrag gegeben sowie eine Arbeitsgruppe gebildet. Um hier wenigstens Sachverstand einzubringen, hat die SPD-Ratsfraktion eine ausgebildete Bahnbetriebswirtin entsendet.

Das Gutachten, welches die Stadt anteilig 60.000.- Euro gekostet hat, kam dann zu einem für die SPD-Ratsfraktion vorhersehbaren Ergebnis: Zu den Themen „Fernbahnhof“, „Reaktivierung Niebüll – Flensburg“ und „Nahverkehrsbahnhof am ZOB“ müssen noch jeweils Machbarkeitsstudien (Gutachten!) erfolgen.

Prompt kam von der DB-Netz, die für die (Fern-)Bahnhöfe und die Schieneninfrastruktur zuständig ist, sowie der DB-Regio, die den Regionalverkehr nach Hamburg betreibt Absagen: Weder ein Fernbahnhof, noch ein Regionalbahnhof sind verkehrstechnisch und betriebswirtschaftlich sinnvoll



Kein Fernbahnhof, aber möglicher Halt während des Baus der Fehmarnbeltquerung

und wird von der DB nicht unterstützt, auch Investitionen sind nicht vorstellbar. Aus der Stellungnahme von DB-Netz vom 08.06.2016: „Die überwiegende Zahl an Varianten erfordert auch im Schienenwege erhebliche Investitionen, ohne das Betriebsprogramme dadurch gesteigert würden. Den Investitionen stehen keine kompensierenden Mehrerlöse aus Fahrgeldnutzungsentgelten gegenüber. Die damit für die DB-Netz AG nicht gegebene

Wirtschaftlichkeit aller Infrastrukturvarianten wird im Zuge jedweder Variante die finanzielle Beteiligung durch uns ausschließen.“

Deutlich auch die Stellungnahme vom 21.07.2016 der DB-Regio zum Bahnhof am ZOB: „Eine Verlagerung des Bahnverkehrs an den ZOB sehen wir kritisch. Neben dem hohen finanziellen Aufwand stellt die eingleisige Streckenführung Wilhelmental – ZOB ein Nadelöhr dar, das sich

bei Unregelmäßigkeiten direkt auf die Betriebsqualität des Bahnverkehrs auswirkt und zu Einschränkungen führt.“

Zu dieser Erkenntnis wäre die SPD-Ratsfraktion auch ohne Gutachten gekommen, da es schon vor rund zehn Jahren zu einer Diskussion über die Bahninfrastruktur in Flensburg gab, bei der auch ohne Gutachten die Problematik eines Fernbahnhofs in Weiche und eines Regionalbahnhofs am ZOB diskutiert wurde.

Damals kam der Planungsausschuss zum einmütigen Votum für den jetzigen Bahnhof. Der Bahnhof soll städtebaulich näher an die Fußgängerzone gebracht und die DB zu baulichen Maßnahmen im Bahnhof selbst in die Pflicht genommen werden.

Erst nach diesem Grundsatzbeschluss hat sich die DB bereit erklärt, den Bahnhofstunnel zu sanieren und Fahrstühle einzubauen.

Wir hoffen, dass unsere neue Oberbürgermeisterin den Spuk der Geisterbahnhöfe beendet und das Ziel der Neugestaltung des Bahnhofsumfeldes und einer verbesserten ÖPNV-Anbindung, der optischen Aufwertung des Bahnhofes und der Ersatzlösung für die Eisenbahnhochbrücke in Rendsburg im Auge behält und Lösungen einfordert.

Stephan Kienäß,
Ratsherr von 1999 - 2016



Ihre Ansprechpartner der SPD-Fraktion



Helmut Trost

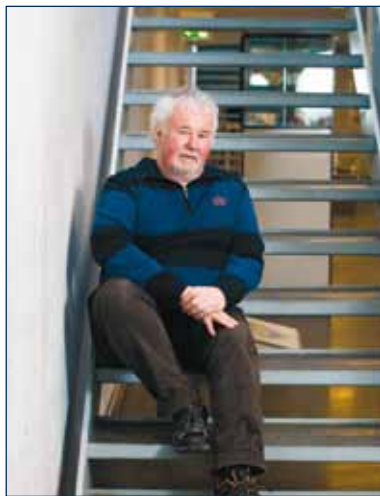
63 Jahre, ev., verheiratet,
1 Sohn, Bürgermeister a.D.,
Sozialwissenschaftler,
wohnt auf Jürgensby

Kontakt:

(0461) 1 50 48 12
helmut-trost-spd-flensburg@
versanet.de

„Kommunalpolitik gestaltet das konkrete Lebensumfeld der Menschen in unserer Stadt. Der Kompass unserer Arbeit ist dabei die soziale Gerechtigkeit. Wir wollen ein Flensburg, in dem es für alle Menschen gleiche und gute Lebenschancen gibt.“

Seit 2008 ist Helmut Trost Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion und Mitglied im Hauptausschuss. Er kam im Jahr 2000 als hauptamtlicher Stadtrat ins Rathaus und arbeitete dann bis 2006 als Bürgermeister der Fördestadt.



Jochen Haut

64 Jahre alt, verheiratet,
4 Kinder,
Lehrer,
wohnt auf der Rude

Kontakt:

(0461) 9 60 37
jochenhaut@foni.net

„Der eingeschlagene Weg der Sanierung der Flensburger Schulen und die Förderung der digitalen Medien muss konsequent fortgesetzt werden. Gleiches gilt für die kommunale Förderung des Sports in Flensburg. Die im Sportentwicklungsplan aufgezeigten Wege müssen schnellstmöglich umgesetzt werden!“

Jochen Haut ist Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Sport, Mitglied des Hauptausschusses und Mitglied im Verwaltungsrat des TBZ und der drei Regionalen Bildungszentren.



Inge Krämer

64 Jahre, verheiratet,
4 Kinder,
Bürokauffrau,
wohnt im Flensburger Norden

Kontakt:

(0461) 47 02 05
ingemariakraemer@web.de

„Flensburg ist vielfältig, bunt und reich an ehrenamtlich Tätigen. Dieses Engagement muss unterstützt und geehrt werden. Außerdem müssen wir alle daran arbeiten, dass Flensburg barrierefreie Stadt wird. Die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben muss allen Menschen möglich gemacht werden.“

Sie ist stellv. Stadtpräsidentin, Mitglied des Hauptausschusses, Mitglied des Sozial- und Gesundheitsausschusses, Mitglied des Runden Tisches Integration und Aufsichtsratsmitglied der Bequa.



Arne Gräfingschulte

33 Jahre, evangelisch,
verheiratet,
Sonderschullehrer
wohnt in Engelsby

Kontakt:

(0461) 8 40 15 12
graefingschulte@googlemail.com

„Bildung ist die Zukunft unserer Kinder, die Kinder sind die Zukunft unserer Stadt. Wir brauchen von Geburt an bis zum Hochschulstudium beste Rahmenbedingungen für eine gute Entwicklung aller Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen!“

Arne Gräfingschulte engagiert sich im Ausschuss für Bildung und Sport. Auch übernimmt er Aufgaben in den Verwaltungsräten des Schulverbands der Friholtschule und des RBZ Handelslehranstalt.



Barbara Kaun

57 Jahre, verheiratet,
2 Kinder,
Kaufm. Angestellte
wohnt in Weiche

Kontakt:

(0461) 9 22 30
barbara.kaun@googlemail.com

„Wir müssen an einem bürgernahen und sozialen Flensburg arbeiten. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist mir wichtig. Der eingeschlagene Weg zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund muss fortgesetzt werden.“

Barbara Kaun ist gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Sie ist Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung Mitglied im Gleichstellungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss.

Bürgerschaftliche Mitglieder in den Ausschüssen

Bohm, Sönke	Umwelt, Planung und Stadtentwicklung (Stellvertretung)	(0176) 20 84 69 14	mail@SoenkeBohm.de
Büsch, Vincent	Ausschuss für Kultur und Tourismus (Stellvertretung)	(04 61) 40 790 390	vbuesch@gmail.com
Domke, Matthias	Aufsichtsrat Landestheater	(04608) 6 08 89 41	m.domke@gmx.de
Evers, Henning	Sozial- und Gesundheitsausschuss	(0171) 30 23 304	evers.henning@t-online.de
Helgert, Andrea	Gleichstellungsausschuss (Stellvertretung) Verwaltungsrat RBZ Eckener Schule (Stellvertretung) TBZ Verwaltungsrat (Stellvertretung)	(04 61) 8 40 64 70	andreahelgert@gmail.com
Helgert, Rolf	Aufsichtsrat Stadtwerke	(04 61) 3 02 94	helgert-flensburg@t-online.de
Helm, Jürgen	Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung	(04 61) 1 82 98 01	helmflens@live.de
Kienaß, Cynthia	Verwaltungsrat RBZ Hannah Arendt Schule	(04 61) 5 90 15	ckienass@t-online.de
Lange-Seynsche, Burkhard	Gesellschafterversammlung Landestheater Beirat Nikolaus-Reiser-Stiftung	(0461) 5 05 79 52	burkhard@laseyn.de

Ihre Ansprechpartner der SPD-Fraktion



Axel Kohrt

60 Jahre, verheiratet, Geschäftsführer eines ambulanten Pflegedienstes, wohnt in Fruerlund

Kontakt:
(0461) 31 11 80
axel.kohrt@t-online.de

„Flensburg wächst! Um den steigenden Bedarf an Wohnraum zu befriedigen, müssen in den nächsten 15 Jahren bis zu 8.000 neue Wohneinheiten geschaffen werden. Dieses zu einem großen Teil durch Nachverdichtung in bestehenden Strukturen.“

Axel Kohrt ist Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Planung und Mitglied im Ausschuss für Kultur und Tourismus. Weiterhin engagiert er sich für Flensburger Belange in der Versammlung der WEG mit Handewitt.



Florian Matz

40 Jahre, geschieden, 2 Kinder, Geschäftsführer, wohnt in der Neustadt

Kontakt:
(0461) 8 07 03 18
f.matz@matz-autoteile.de

„Nur wenn wir allen Flensburgerinnen und Flensburgern die Chance geben sich in Flensburg einzubringen, werden wir unsere Stadt fit für die Zukunft machen. Denn Flensburg braucht jeden.“

Florian Matz ist SPD-Kreisvorsitzender. Er ist Mitglied im Finanzausschuss und im Ausschuss Bürgerservice, Schutz und Ordnung sowie stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss und im Hauptausschuss. Zusätzlich ist Florian Matz im Aufsichtsrat der WiREG.



Stefan Trahn

53 Jahre, geschieden, 2 erwachsene Kinder, selbständig, wohnt in der Neustadt

Kontakt:
(0461) 4 93 53 35
stefan.trahn@t-online.de

„Als geborenem Flensburger liegt mir die Weiterentwicklung der Stadt am Herzen. Wohnqualität, Kultur und der Tourismus gehören dazu. Flensburg ist lebens- und liebenswert.“

Als stellvertretender Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Flensburg-Nord versucht er, Impulse in diesem interessanten Stadtteil zu setzen. Er ist Mitglied im Finanzausschuss, im Ausschuss für Bürgerservice, Schutz und Ordnung sowie im Ausschuss für Kultur und Tourismus.



Gerhard Schmitz

57 Jahre, verheiratet, Diplompädagoge, wohnt in der Neustadt

Kontakt:
(0461) 48 16 02 09
schmitzgerhard1959@gmail.com

„Ich werde weiterhin an einem „Flensburg für alle“ arbeiten. Für mich steht daher Barrierefreiheit als ein Schwerpunkt meiner künftigen Arbeit fest. Ohne sie ist Teilhabe von Menschen mit Behinderungen nicht realisierbar.“

Gerhard Schmitz steht für die Idee der Inklusion. Der frühere Beauftragte für Menschen mit Behinderungen der Stadt Flensburg ist Mitglied im Gleichstellungsausschuss sowie im Sozial- und Gesundheitsausschuss.



SPD-Ratsfraktion

SPD-Fraktion Flensburg
Rathausplatz 1
24937 Flensburg

Kontakt:
☎: (0461) 85 27 59
☎: (0461) 85 17 00

Mail : spd-fraktionfl@gmx.de
Web : spd-flensburg.de

Bürozeiten:
Mo: 16:00-18:00 Uhr
Di, Mi, Fr: 9:00-12:00 Uhr
Do: 9:00-16:00 Uhr

Büroteam:
Regina Porath
Andrea Helgert

Bürgerschaftliche Mitglieder in den Ausschüssen

Meyerding, Sylvia	Sozial-und Gesundheitsausschuss (Stellvertretung)	(04 61) 5 05 53 01	sylviameyerding@gmx.de
Nitsch, Andree	Bürgerservice, Schutz und Ordnung (Stellvertretung), Kleingartenausschuss (Stellvertretung), Ausschuss für Umwelt, Planung und Stadtentwicklung (Stellvertretung)	(04 61) 4 08 80 14	info@andree-nitsch.de
Prasno, Christian	Finanzausschuss	(0177) 1 46 28 69	mail@prasno.com
Reincke, René	Mitglied im Gleichstellungsausschuss, TBZ-Verwaltungsrat (Stellvertretung)	(0179) 2 49 08 91	rene-r@gmx.de
Schulz, Lea	Ausschuss für Bildung und Sport (Stellvertretung)	(0461) 49 38 78 77	lea.schulz84@gmail.com
Sickert, Hendrik	Ausschuss für Bürgerservice, Schutz und Ordnung	(0163) 7 96 85 90	hendrik.sickert@versanet.de
Terkelsen, Finn	Mitglied im Sozial- und Gesundheitsausschuss (Stellvertretung), Ausschuss für Bürgerservice, Schutz und Ordnung, Ausschuss für Bildung und Sport (Stellvertretung)	(0461) 5 65 32	finn.terkelsen@t-online.de
Wohlsen, Birgit	Verwaltungsräte RBZ Eckener Schule und HLA (Stellvertretung) Ausschuss für Bildung und Sport (Stellvertretung)	(0461) 66 76	birgit.wohlsen@t-online.de
Zinke, Thomas	Verwaltungsrat TBZ	(0461) 9 09 65 51	thomaszinke@versanet.de

Deutsch-dänische Zusammenarbeit: Wortgeklingel durch praktische Ergebnisse ersetzen!

Die Flensburger Ratsversammlung hat auf ihrer letzten Sitzung des Jahres 2016 ein „Strategiepapier zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig“ beschlossen. Die SPD hat sich bei der Abstimmung enthalten. Nicht, weil sie gegen diese Zusammenarbeit ist, sondern weil das Papier zu bürokratisch ist: Wortgeklingel ohne Ziele zu nennen, die den Menschen beiderseits der Grenze den Sinn dieser seit 20 Jahren verfolgten engeren Zusammenarbeit verdeutlichen.

Unser bürgerschaftliches Mitglied, Jürgen Helm, stellt dazu

**„Die Frage aller Fragen:
Was soll das eigentlich?“
- Eine Polemik**

Flemming Meyer, der SSW-Vorsitzende, brachte es auf den Punkt: „Wenn man heute CDU-Kreistagsmitglieder im Kreis Schleswig-Flensburg bitten würde, spontan drei Gründe für eine verstärkte Zusammenarbeit über die Grenze hinweg in der Region Sønderjylland-Schleswig

zu nennen, würde man wohl vergeblich auf eine Antwort warten.“ Doch er fügte hinzu: „Das kann sich ja ändern!“

Warum gerade CDU-Mitglieder für Flemming Meyers provokative Frage auf einer Veranstaltung des SSW gemeinsam mit der Partei der deutschen Minderheit „Slesvigsk Parti“ (SP) herhalten mussten, bleibt sein Geheimnis. Das gleiche Schweigen würde ihm mit großer Wahrscheinlichkeit quer durch alle Bevölkerungsschichten beiderseits der Grenze erwarten. Doch das soll sich ja gerne ändern.

Mit viel Aufwand haben fleißige Menschen einen „Vereinbarungstext zur deutsch-dänischen Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig“ entworfen, der in der Zwischenzeit im Flensburger Rat verabschiedet worden ist. Die erste Vereinbarung dieser Art datiert vom 16. September 1997 und ist seitdem mehrere Male den veränderten Verhältnissen angepasst worden. Die neue Vereinbarung basiert auf drei Säulen: Arbeitsmarkt,

Kultur sowie politischem und administrativem Dialog und Zusammenarbeit. Seite für Seite wird beschrieben, wie man sich eine Zusammenarbeit vorstellen könnte – KÖNNTE! Wir sind immerhin bereits im 20. Jahr der Überlegungen, welche Arbeitsgruppen mit welcher Kompetenz einzurichten seien. Und dass natürlich alle Beschlüsse nicht bindend sind, wenn behördliche Interessen beiderseits der Grenze dem entgegenstehen. Wichtige Bereiche wie Infrastruktur, also Straßen- und Bahnverbindungen sowie Kooperation im Sozial- und Gesundheitsbereich fehlen gänzlich.

Diese vielen Seiten mit Beschreibungen von Strukturen, Zielen, Strategien bezeugen vor allem eines: Große Ratlosigkeit, was man eigentlich kann und was man erreichen will.

Ich bin nicht gegen die Zusammenarbeit in der Region Sønderjylland-Schleswig. Ganz im Gegenteil! Ich habe 30 Jahre in Dänemark gelebt. Viele liebenswerte und tüchtige Menschen dort ken-

nengelernt. An erster Stelle meine Frau. Doch ich habe auch erlebt, wie das Gift des Nationalismus durch ständige Wiederholung von Lügen und Verdrehungen die politische Kultur dieses Landes zerstört hat. Das Dänemark der Toleranz und Offenheit, von politischer und kultureller Kraft, die sich aus demokratischem Selbstbewusstsein ständig weiterverstärkt, dieses Dänemark existiert nur noch rudimentär.

Trotz dieser Entwicklung sind einige schöne Resultate erreicht worden, die hier nicht kleingeschrieben werden sollen. Doch wir reden von 20 Jahren Zusammenarbeit! Der Text, der jetzt in Flensburg abgesegnet worden ist, ist bürokratisches Wortgeklingel ohne Verbindlichkeit, ohne Saft und Kraft und ohne Ziel und Strategie, auch wenn diese beiden Wörter die meist strapazierten dieses unsäglichen Papiers sind.

Selten in meinem Leben würde ich mich mehr darüber freuen, unrecht mit meiner Beurteilung zu haben.

Doch um weiter zu kommen, sollten wir den Kontakt zu den Sozialdemokraten auf der anderen Seite der Grenze aufnehmen und mit ihnen erörtern, wie wir unsere Region gemeinsam besser gestalten könnten. Gemeinsam mit ihnen müssen wir unsere regionalen Interessen und Ideen erörtern, um dann auch die anderen Partner davon überzeugen zu können. Diese Arbeit können und dürfen wir nicht den bestimmt wohlmeinenden Politikern und Beamten aus Kiel und Kopenhagen allein überlassen. Daraus entstehen lediglich wohlklingende Verlautbarungen. Es sind die praktischen Ergebnisse, die die dänischen und deutschen Bürger von den Vorteilen dieser Kooperation überzeugen können.

Das könnte vielleicht dazu beitragen, dass Flemming Meyer das nächste Mal, wenn er nach Gründen für eine engere Zusammenarbeit fragt, fundierte Antworten erhält.

Jürgen Helm
Bürgerschaftliches Mitglied

Sportförderung

Der Sport wurde in den letzten Jahren in Flensburg eher stiefmütterlich behandelt. Größere Investitionen sind kaum erfolgt. Eine vor ca. drei Jahren beschlossene Sportentwicklungsplanung durch ein überregionales Institut hat dieses im Vergleich zu anderen Städten deutlich gemacht und gravierende Missstände aufgezeigt.

Politik und Verwaltung haben erkannt, dass hier ein sehr großer Nachholbedarf besteht. Die in der Untersuchung aufgeführten Mängel im Bereich des Vereinssports und des Freizeitsports müssen schnellstmöglich abgestellt werden. Deshalb sollen beispielsweise die vier im Gutachten geforderten Kunstrasenplätze vom Jahr 2017 an schrittweise gebaut werden, so dass der Spiel- und Trainingsbetrieb über das gesamte Jahr witterungsunabhängig

durchgeführt werden kann. Auch das Stadion soll wieder seine eigentliche Bedeutung als Spiel-, Trainings- und Veranstaltungsstätte bekommen. Dazu beginnt in diesen Wochen eine Planungsgruppe mit den Vereinen und möglichen Veranstaltern, die Wünsche und Ziele zu formulieren. Diese sollen dann abgestimmt zu einer Umgestaltungsplanung führen, die in den nächsten Jahren dann umgesetzt werden soll.

Aber auch den vereinsunabhängigen Flensburgern sollen quartiersnah Möglichkeiten zu Bewegung und Sport z.B. in öffentlichen Anlagen geboten werden, so dass der Sport die Gesundheit der Flensburgerinnen und Flensburger fördern kann.

Jochen Haut
Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Sport

Auch an Rollifahrer denken



Ein wirklich rollstuhlgerechter Übergang am Theater - finden Rudolf und Inge Krämer

Es gibt in der Stadt eine lebhaft Diskussion zu der Frage, welche Straßen mit Kopfsteinpflaster ausgestattet sein sollen und wo geteert werden muss. Dabei spielen Gesichtspunkte wie das historische Stadtbild, die Geräuschentwicklung beim Befahren, die Herstellungskosten und der Unterhaltungsaufwand eine wichtige Rolle. Es gibt gute Gründe, sich an manchen Stellen für eine Pflasterung zu entscheiden. Aber eines

sollte dabei immer bedacht werden: Was bedeutet eine solche Pflasterung für Rolli-Fahrer sowie ältere Menschen mit und ohne Rollator? Wir meinen: Unverzichtbar ist, dass es für sie ordentliche und sichere Möglichkeiten gibt, gepflasterte Straßen und Plätze ohne Sturzgefahr zu überqueren. So wie hier vor dem Theater in der Rathausstraße sollte es überall sein.

Helmut Trost

Amtsantritt der neuen Oberbürgermeisterin

Am 15. Januar 2017 war es soweit: Amtsantritt der neuen Oberbürgermeisterin. Im Juni 2016 hatte Simone Lange, die als Kandidatin von SPD, CDU und Grünen kandidiert hatte, einen überzeugenden Wahlsieg errungen. Die harte Arbeit im Wahlkampf und ihr intensives politisches Engagement für unsere Stadt wurden von den Wählerinnen und Wählern honoriert. Schon im ersten Wahlgang erreichte sie die absolute Mehrheit. Die Wahlbeteiligung betrug 31,0 Prozent.

Hier das Wahlergebnis:

- ◆ Simone Lange (SPD/CDU/B90-Die Grünen): 51,4 Prozent
- ◆ Simon Faber (SSW): 22,8 Prozent
- ◆ Kay Richert (FDP): 17,6 Prozent
- ◆ Jens Drews (parteilos) 8,3 Prozent



Glückwünsche und Blumen für Simone Lange!
Fraktionsvorsitzender Helmut Trost und die neue Oberbürgermeisterin

„Ich glaube an Flensburg und seine Zukunft. Einen schöneren Ort zum Leben und Arbeiten kann ich mir nicht vorstellen“, machte sie schon bei ihrer Nominierung deutlich. Sie hat klare Vorstellungen von dem, was sie erreichen will: „Mein Ziel ist, dass Flensburg für all seine Einwohnerinnen und Einwohner - unabhängig von Alter, Herkunft, Familienstand oder Einkommensklasse - eine lebenswerte Stadt wird und bleibt.“

Die SPD-Ratsfraktion gratuliert ganz herzlich und freut sich auf die Zusammenarbeit mit der neuen Oberbürgermeisterin. Unsere Stadt muss mehr aus ihren Möglichkeiten machen - dafür steht Simone Lange.

Helmut Trost

Moderne Bildungspolitik!

Gute Bildungspolitik ist schon seit langem eine Kernkompetenz der Sozialdemokraten im Rathaus der Stadt Flensburg. In der laufenden Legislaturperiode gab es u.a. Anträge zur Qualitätsoffensive im offenen Ganztags an Grundschulen und

Wir wollen allen Flensburger Schülerinnen und Schülern eine optimale Lernumgebung bieten. Hierzu gehört unserer Meinung nach auch eine sehr gute Ausstattung an digitalen Medien. Es bedarf Breitband-Internetanbindungen in allen



An allen Schulen optimal für die Zukunft lernen!
Unsere älteste Schule: 450 Jahre Altes Gymnasium

die Aufforderung an die Verwaltung einen Schulzukunftspfad PLUS zu erstellen, der u.a. auch die bauliche Situation der Schulgebäude beachtet.

Schulen, WLAN-Verbindungen und ein IT-Support, der es Lehrkräften ermöglicht, sich auf ihre pädagogische Arbeit zu konzentrieren.

Ein besonders wichtiger Antrag der SPD-Fraktion war die Forderung nach einem einheitlichen IT-Support sowie eine optimierte digitale Ausstattung an allen Flensburger Schulen. Digitale Bildung ist eines der zentralen Bildungsthemen unter Ministerin Britta Ernst.

Unser Versprechen:
Wir werden weiterhin für alle Flensburgerinnen und Flensburger eine faire und moderne Bildungspolitik vorantreiben!

Arne Gräfingschulte
Mitglied des Ausschusses für Bildung und Sport

Effektive IT-Ausstattung!

Computer haben das Schulleben und den Unterricht in den letzten Jahren gravierend verändert und dieser Prozess beschleunigt sich in den letzten Jahren immer mehr. Die bisherige Praxis an den Flensburger Schulen, die Computerausstattung in Eigenregie zu beschaffen und diese durch engagierte Lehrkräfte zu betreuen, ist in der heutigen Zeit nicht mehr tragbar. Da zumeist nur wenige Administratoren den Überblick an den einzelnen Schulen haben, kann dies schwere Folgen bei einer längeren Erkrankung dieser Lehrkräfte haben. Deshalb hat die SPD-Ratsfraktion im Ausschuss für Bildung und Sport einen Antrag eingebracht, der mehrheitlich be-

schlossen wurde. Darin ist vorgesehen, dass die Beschaffung von neuer Ausstattung und der dazugehörige Support zukünftig zentral durch die Stadt erfolgen soll. Die Schulen werden dazu ihre Bedürfnisse und Wünsche formulieren, so dass in naher Zukunft ein einheitlicher Standard geschaffen werden kann, der den störungsfreien Betrieb der Anlagen qualifiziert gewährleisten wird. Ein weiterer positiver Effekt dieses Beschlusses ist, dass bei zentraler Beschaffung Geld eingespart wird, das den Schulen zugute kommen kann.

Jochen Haut

Stephan Kienäß verlässt den Rat



Ehrenamt, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen, das ist für Ratsmitglieder immer schwieriger. Immer vielfältiger, immer zeitaufwendiger wird die Arbeit für

Zum Jahresende 2016 hat Stephan Kienäß jetzt seine kommunalpolitische Arbeit beendet - zweifellos ein herber Verlust für die Ratsversammlung. „Es fällt immer schwerer, Beruf, Ehrenamt und Familie miteinander zu vereinen“, schrieb Stephan Kienäß in der Begründung für seinen Rückzug. Er war zweifellos einer der profiliertesten Ratspolitiker der letzten Jahre. Die SPD-Ratsfraktion bedankt sich bei ihm für 17 Jahre erfolgreiche Zusammenarbeit, für spannende und manchmal kontroverse, aber immer ergebnisorientierte Diskussionen, für seine offenen Worte und seine vielfältigen politischen Initiativen, die die Arbeit unserer Fraktion und die der Ratsversammlung vorangebracht haben. Seine Nachfolge tritt der 53-jährige Stefan Trahn aus dem Flensburger Norden an. Stefan Trahn war bereits als bürgerschaftliches Mitglied in der Fraktion aktiv und knüpft an vielfältige Erfahrungen aus gleich mehreren Fachausschüssen an.

die Stadt Flensburg. Seit 1999 hat sich Stephan Kienäß im Rat engagiert und sich u.a. im Hauptausschuss, im Stadtentwicklungsausschuss sowie im Finanzausschuss einen Namen als durchsetzungsstarker, fachkundiger und zielorientierter Kommunalpolitiker gemacht. Im Rat waren seine Wortbeiträge pointiert und humorvoll, seine Wortmeldungen wurden immer mit Spannung erwartet. Verlässlichkeit und Präzision, hohe Orts- und Sachkunde zeichneten Stephan Kienäß aus. Seine Arbeit hat ihm Anerkennung auch bei den politischen Wettbewerbern und der Verwaltung eingebracht.

Helmut Trost



Ein Stück Flensburger Stadtgeschichte:

Alfons Schlütter - Mitglied der ersten Ratsversammlung nach dem Krieg

Im vergangenen Jahr hat die Flensburger SPD einen großen Verlust erlitten. Im Alter von 100 Jahren verstarb Alfons Schlütter, unser ältestes Mitglied. Alfons Schlütter hatte einen bewegten Lebenslauf, war 84 Jahre Sozialdemokrat und Mitglied der ersten Ratsversammlung nach dem 2. Weltkrieg. 1932 trat er in die SPD ein, war langjähriger Gewerkschafter und aktiv im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Nach Kriegsende stellte er sich dem Wiederaufbau der Demokratie zur Verfügung.

Alfons Schlütter ist ein Stück Flensburger Stadtgeschichte geworden. Mit ihm haben wir

einen großartigen Menschen verloren. Wir sind ihm dankbar für sein Engagement und die vielfältigen Erfahrungen, die er an uns weiter gegeben hat. Alfons Schlütter hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, aus der Vergangenheit zu lernen und immer für Freiheit und Demokratie einzustehen. Er hat uns dies vorgelebt und ist für viele Sozialdemokraten zum Vorbild geworden.

Alfons Schlütter gehörte zu denen, die von der britischen Besatzungsmacht in die erste Ratsversammlung der Stadt Flensburg nach dem Krieg berufen wurden. Wie war er in das Gremium gekommen? Es sollte zum einen die ver-



schiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Flensburg ausgewogen repräsentieren. Zum anderen galt es, geeignete und von Mitwirkung an der Nazidiktatur unbelastete Mitbürger zu finden. Der Elektriker Schlütter wurde für die Arbeiterschaft in den Rat be-

rufen. Man kannte ihn als aktiven Sozialdemokraten und entschiedenen Nazigegner aus der Zeit vor 1933. In der Nazizeit war er gemeinsam mit seiner Mutter und seinem Bruder an Widerstandsaktionen beteiligt. Sie versteckten Flüchtlinge im Keller und halfen ihnen bei der Flucht nach Dänemark. Alfons Schlütter verteilte Geld, das sein Bruder in Dänemark gesammelt hatte, an Familien, deren Ernährer aus politischen Gründen in Haft waren. Trotz Hausdurchsuchungen blieben diese Aktivitäten unentdeckt. Nach Kriegsende folgte er dem Ruf in die Ratsversammlung. Später engagierte er sich stark in

der Organisationsarbeit seiner Partei. Zu seinem 80jährigen Parteijubiläum 2012 gratulierte ihm der Bundesvorsitzende Sigmar Gabriel mit einer Videobotschaft.

Bis zuletzt informierte sich Alfons Schlütter regelmäßig durch das Flensburger Tageblatt nicht nur über das kommunale, sondern auch das politische und kulturelle Geschehen weltweit.

Die letzte politische Veranstaltung, an der er teilnahm, fand im Mai 2015 statt – die Buchvorstellung von Jens Jacobsen zum „Widerstand im Flensburger Norden.“

Helmut Trost

Die Diskrepanz zwischen Finanz- und Sozialpolitik

Betrachtet man einmal den Haushalt der Stadt Flensburg, so fällt auf, dass auf den Bereich Jugend, Soziales und Gesundheit ein erheblicher Teil davon entfällt – nämlich der Größte. Schön denkt sich jetzt der Laie – dann ist ja alles gut. Leider ist dies nicht der Fall. Immer wieder werden an die entsprechenden Ausschüsse Finanzierungswünsche von Selbsthilfegruppen, sozialen Organisationen etc. herangetragen. Sie alle sind in der Regel förderungswürdig. Hier setzen sich Gruppierungen für benachteiligte Menschen ein und zeigen ein enormes soziales Engagement. Häufig fehlt es ihnen aber an finanziellen Mitteln, um ihr Engagement umzusetzen.

Diese Anliegen werden alle in den Ausschüssen diskutiert und bewertet. Hier gilt es auch

zu prüfen, ob gegebenenfalls schon ähnliche Angebote existieren. Die angespannte finanzielle Lage der Stadt Flensburg lässt uns hier auch wenig Spielraum. Möchte man etwas fördern, muss man es woanders wegnehmen. Oder eine außerplanmäßige Finanzierung anstreben, die aber oft nicht von den Finanzpolitikern unterstützt wird. Hier sehen wir die Diskrepanz zwischen sozialpolitischen Wünschen und einer realistischen, den Umständen geschuldeten Finanzpolitik.

So ist es oft der Fall, dass soziale Anliegen nicht unterstützt werden können. Es fehlt einfach an Geld. Dieses hinterlässt bei den Mitgliedern der entsprechenden Ausschüsse oft ein ungutes Gefühl. Man möchte helfen, kann aber nicht. Die Mitglieder

dieser Ausschüsse kommen häufig aus sozialen Bereichen und bringen sehr viel soziales Engagement mit. Soziales Engagement kostet in der Regel aber Geld und lässt sich nicht in Gewinnen messen. Man kann mit einer guten Sozialpolitik keine schwarzen Zahlen schreiben. Prävention, Fürsorge oder Unterstützung von sozialen Organisationen kann man nicht in Gewinn und Verlust bemessen. Hier zeigt sich oft erst nach vielen Jahren, ob die Investition erfolgreich war oder nicht.

Ein gutes Beispiel ist hier die kostenlose Vergabe von Verhütungsmitteln an sozial schwache Einwohnerinnen und Einwohner. Dieses wird stark in Anspruch genommen und häufig ist das Geld schon im September / Oktober ausgegeben. Hier wäre eine Auf-

stockung sicherlich notwendig. Dieses lässt sich aber zur Zeit haushaltspolitisch nicht darstellen. Zudem kann man auch nicht bemessen, wie erfolgreich diese Prävention ist.

Ein Fazit fällt hier ernüchternd aus. In der Hoffnung, dass sich die finanzielle Situation der Stadt Flensburg irgendwann deutlich verbessert, können zur Zeit nur in enger Zusammenarbeit mit dem entsprechenden Fachbereich und den sozialen Gremien Anliegen und Finanzierungswünsche diskutiert, bewertet und ggf. umgesetzt werden. Leider bleiben hier aber auch viele gut gemeinte und gedachte Projekte auf der Strecke und werden nicht umgesetzt. Was allerdings nicht sein darf ist, dass eine Neiddiskussion gegenüber bestimmten Gruppen geführt wird. Es ist eindeutig

so, dass die Ausschüsse bemüht sind, ihre Entscheidungen sozial, fair und transparent zu treffen. Dieses gilt auch für die Fachbereiche der Stadt. Nur in guter Zusammenarbeit kann es gelingen, weitsichtige und angemessene Entscheidungen zu treffen. Man sollte auch seinen Optimismus nicht verlieren, auch wenn man nicht alles gut heißen kann, was letztendlich demokratisch entschieden wird.

Gute und noch nicht vorhandene Projekte werden immer eine Chance haben, gefördert zu werden. Hier findet sich oft eine parteiübergreifende Zustimmung und von dieser lassen sich gelegentlich auch die Finanzpolitiker überzeugen.

Thomas Zinke
Sozialpolitischer Sprecher
Ratsherr von 2013 - 2017

So erreichen Sie das SPD- Fraktionsbüro Flensburg

Regina Porath und Andrea Helgert nehmen Ihr Anliegen gerne entgegen.

SPD-Ratsfraktion
Rathaus, Raum H 47
Rathausplatz 1
24937 Flensburg

☎ (0461) 85 27 59
☎ (0461) 85 17 00
🌐 spd-flensburg.de/fraktion
✉ spd-fraktionfl@gmx.de

Büro-Öffnungszeiten:
Mo.: 16.00 bis 18.00 Uhr
Di, Mi, Fr.: 9.00 bis 12.00 Uhr
Do.: 9.00 bis 16.00

Impressum:

Herausgeber:
SPD-Ratsfraktion,
Rathausplatz 1,
24937 Flensburg
V.i.S.d.P.:
Helmut Trost

Fotos:
Herbert Ohms,
Patricio Soto, Privat,
Marcus Dewanger
Druck:
Druckhaus Leupelt GmbH